

zu TOP

Mainz, 05.02.2014

Anfrage 0340/2014 zur Sitzung am 12.02.2014

Ausbau der Kindertagesbetreuung in Mainz (CDU)

Seit vielen Jahren unternimmt die Stadt Mainz große Anstrengungen, um die Kindertagesbetreuung auszubauen. Für viele junge Familien ist das Angebot an Kindertagesstätten wichtig, um Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen.

Seit dem 1. August 2013 gilt der Rechtsanspruch auf einen Kita- oder Krippenplatz bereits für Kinder ab einem Alter von einem Jahr. Es ist an der Zeit, den Ausbaustand sowie die Kosten zu erfragen.

Wir fragen daher die Verwaltung:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand hinsichtlich des Ausbaus der Kinderbetreuungseinrichtungen?
2. Wie sieht die Nachfrage nach Kitaplätzen in den einzelnen Stadtteilen aus? In welchen Stadtteilen gibt es die größten Schwierigkeiten und welche Prognosen können für die nächsten Jahre gegeben werden?
3. Wie entwickelte sich in den letzten Jahren die Personalsituation und hieraus resultierend die Personalkosten für Mainz, aufgeschlüsselt nach Brutto-Ausgaben, Landeszuschüssen etc.?
4. Welche baulichen Maßnahmen für den U 3-Ausbau wurden seit 2008 im kommunalen Zuständigkeitsbereich mit welchem Kostenvolumen realisiert, wie hoch waren die Gesamtausgaben hierfür, die Zuwendungen aus staatlichen Förderprogrammen (differenziert nach Bund und Land) sowie die bei der Kommune verbleibenden Kosten?
5. Welche Projekte sind derzeit am Laufen (Aufschlüsselung der Kosten wie unter Punkt 4)?
6. Welche Versorgungsquote erreicht Mainz aktuell im U 3-Bereich?

7. Mit welcher Versorgungsquote kann nach Einschätzung der Verwaltung unter Berücksichtigung der geplanten Vorhaben in den nächsten Jahren gerechnet werden?
8. Wie sieht aktuell die Betreuungsquote in Mainz aus?
9. Ist die Verwaltung mit der aktuellen Kostenbelastung bezüglich des U 3-Ausbaus in investiver Hinsicht und den hieraus resultierenden alljährlichen Personalkosten, insbesondere auf die Verteilung der Kosten zwischen dem Bund, dem Land Rheinland-Pfalz und der Kommune, einverstanden? Wenn nein, welche Aktivitäten hat die Verwaltung bislang unternommen, um auf eine andere Kostenverteilung hinzuwirken? Welche Ergebnisse wurden erzielt bzw. werden erwartet?
10. Hat die Verwaltung die Thematik der kommunalen Kostenbelastung in irgendeiner Form juristisch geprüft bzw. prüfen lassen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

Hannsgeorg Schönig
Fraktionsvorsitzender